

# Wunschgemäß verunglückt

Der Start der Grossen Koalition in Deutschland ist geprägt von Profilierungsversuchen

Von Patrick Marcolli, Berlin

Jetzt stürzt auch noch die Bundeskanzlerin. Die sonst so unerschütterliche und krisenfeste deutsche Regierungschefin Angela Merkel hat sich, wie gestern bekannt wurde, Ende Jahr beim Langlaufen im Engadin mittelschwer verletzt und wird einige Wochen nur eingeschränkt und mit Gehilfe regieren können (siehe Seite «Letzte»).

Es bleibt letztlich jedem selbst überlassen, ob Merkels Sturz als Symbol für den holperigen Start ihrer neuen Koalition mit der SPD oder gar als schlechtes Omen für die kommende Legislatur gedeutet werden kann oder soll.

## Die CDU provoziert

Etwas wird jedenfalls nach den ersten paar Wochen der Grossen Koalition deutlich: Dieses Bündnis mag auf politischen Kompromissen aufgebaut sein. Deswegen ist es aber noch lange keine Koalition der Leisetreter und Weichlinge. Wieder haben die Bayern den Takt vorgegeben. Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) wurde in seinem inhaltlich beschränkten, aber stets aufmerksamkeits erregenden Rollenrepertoire von bürgerlichem Schattenkanzler und populistischem Provokateur nach Längerem wieder einmal als Provokateur aktiv. Er wettete laut gegen die sogenannten Armutseinwanderer aus Rumänien und Bulgarien, die den deutschen Staat betrögen, indem sie ungerichteterweise Sozialleistungen beziehen würden, und forderte schärfere Massnahmen dagegen.

Dieser in Einzelfällen möglicherweise begründbare, im Gesamten aber statistisch unhaltbare Versuch, die volle Freizügigkeit für Rumänen und Bulgaren zu torpedieren, war eine der gezielten und von Bundeskanzlerin Merkel gefürchteten Provokationen aus München. Nicht nur die Wirtschaftsverbände wehrten sich in den vergangenen Tagen gegen Seehofers Tiraden. Selbstredend reagierten auch die Mit-Grosskoalitionäre von CDU und SPD – und bescherten dem Landesvater aus dem Freistaat im Süden die erwünschte Medienpräsenz vor den Kommunalwahlen in Bayern



Da war die Welt noch in Ordnung. Die deutschen Koalitionäre präsentierten im Dezember ihren Vertrag. Foto Keystone

Mitte März. Während das SPD-geführte Aussenministerium von «dummen Parolen» Seehofers sprach und überhaupt alle sich zu Wort meldenden Sozialdemokraten die Ideen der CSU als populistisch und europafeindlich geisselten, fielen Seehofers Ausführungen bei der CDU auf teilweise fruchtbaren Boden. So verstieg sich der Europaabgeordnete Elmar Brok zur Forderung, mehrfache Einreisen nach Deutschland durch die Entnahme von Fingerabdrücken bei den Migranten zu verhindern.

Die Regierungsspitzen entschärften diesen ersten Konflikt in der Grossen Koalition auf die gewohnt nüchtern-technokratische Art und Weise der Ära Mer-

## Karrieresprung mit politischen Tücken

Berlin. Für Aufregung im politischen Berlin sorgt dieser Tage der geplante Wechsel des kürzlich abgetretenen Kanzleramtschefs Ronald Pofalla in den Vorstand der Deutschen Bahn AG. Vielen Politikern, selbst in der CDU, passt dieser rasche Wechsel aus der Politik in die Wirtschaft, mit dem ausserdem ein enormer Lohnsprung verbunden wäre, nicht. Nun wird in Berlin über eine mögliche Karezzeit nachgedacht: Anderthalb Jahre sollen vergehen, bis ein ehemaliger Politiker bei einem privaten Unternehmen einstei-

gen kann, das sich direkt oder indirekt mit seinem früheren Aufgabengebiet befasst. Damit sollen mögliche Interessenskonflikte vermieden werden. Ob Pofalla seinen neuen Job bei der Bahn angesichts des politischen Widerstands überhaupt wird antreten können, steht in den Sternen. Kommt hinzu, dass die Verwaltungsräte der Bahn offensichtlich von DB-Chef Rüdiger Grube über die Personalie nicht ins Bild gesetzt worden waren. Auch im Gremium formiert sich deshalb nun Pofallas Gegnerschaft. map

gel: Ein Ausschuss von Staatssekretären aus verschiedenen Ministerien soll sich mit dem Missbrauch von Sozialleistungen durch Zuwanderer aus Südosteuropa befassen. Die CSU jedenfalls hat erstens die Aufmerksamkeit gewonnen und zweitens den Konkurrenten am rechts-populistischen Rand der Politlandschaft wie den Freien Wählern bereits jetzt erfolgreich das Wasser abgegraben.

## Die SPD kontert

Dass die SPD in diesem grosskoalitionären Kampf um den Platz im Rampenlicht nachlegen musste, war abzusehen. In Aktion trat diesbezüglich am Sonntag der neue sozialdemokratische Justizminister Heiko Maas: Er kündigte an, die umstrittene Vorratsdatenspeicherung vorerst nicht einführen zu wollen. Was so sperrig klingt, ist wichtig für den Datenschutz und die Privatsphäre: Seit 2006 sind Telekommunikationsunternehmen in der EU verpflichtet, die Verbindungen ihrer Kunden auch ohne Verdacht oder konkreten Anlass bis zu zwei Jahre aufzubewahren. Einzig Deutschland weigerte sich bislang, ein solches Gesetz zu formulieren.

Justizminister Maas ist sich sehr wohl bewusst, dass die Koalitionäre sich in ihrem Vertrag verpflichtet hatten, die Vorratsdatenspeicherung einzuführen. Das Zuwarten begründete er mit einem noch ausstehenden Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum Thema. Dass er damit CDU und CSU provozieren würde, war klar. Die geharnischten Reaktionen wiederum vor allem aus Bayern liessen nicht lange auf sich warten.

Die Gangart der neuen Grossen Koalition in Deutschland ist also bereits nach wenigen Tagen erkennbar. Es wird insbesondere vor Wahlen in den Kommunen oder einzelnen Bundesländern immer wieder zu Provokationen und Streitereien kommen. Die Parteien müssen für die Wählerinnen und Wähler erkennbar und profiliert bleiben. Angela Merkels Aufgabe wird es sein, die Regierungsmannschaft unter diesen Umständen bei der Stange zu halten. Dass die begnadete Moderatorin und Machttaktikerin dabei ins Rutschen geraten wird, ist sehr unwahrscheinlich.

## Rivalen suchen das Gespräch

Nach Kämpfen verhandeln die Parteien im Südsudan

Addis Abeba. Nach tagelangen Verzögerungen haben in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba direkte Friedensverhandlungen zwischen den Konfliktparteien im Südsudan begonnen. Das sagte gestern ein Sprecher der äthiopischen Regierung.

Bei den Verhandlungen soll versucht werden, den Konflikt zwischen Südsudan Präsident Salva Kiir und seinem langjährigen Rivalen und früheren Stellvertreter Riek Machar beizulegen, der seit Mitte Dezember zu heftigen Kämpfen mit Tausenden Toten geführt hat. Präsident Kiir hatte Machar im Juli als Vize-Präsidenten entlassen. Vor zwei Wochen warf er ihm dann vor, einen Putsch geplant zu haben. Der Konflikt ist zum Teil durch ethnische Rivalitäten mitbedingt. Kiir gehört zur Volksgruppe der Dinka, Machar zum Volk der Nuer.

Seit der Eskalation der Gewalt haben die Anhänger von Machar mehrere Städte erobert. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen wurden rund 200 000 Menschen in die Flucht getrieben. Am Vormittag traf der Präsident des nördlichen Nachbarn Sudan, Omar al-Baschir, in der südsudanesischen Hauptstadt Juba ein, um mit Kiir die Lage zu besprechen. Al-Baschir fürchtet, dass der Konflikt den Ölfluss aus dem Süden in sein Land beeinträchtigen könnte. Beide Länder sind auf den Rohstoff angewiesen.

Derweil reissen Berichte über neue schwere Kämpfe rund um die Hauptstadt des Bundesstaates Jonglei nicht ab. Dabei soll auch ein ranghoher Militärführer, der Präsident Salva Kiir nahe steht, ums Leben gekommen sein, berichteten mehrere Medien. SDA

## Einhaken, wo die Politik versagt

Die Baslerin Alia Goldfarb verbindet mit ihrem Theater in Israel Gesellschaften

Von Tanja Bangerter

Akko. Inmitten der Hafencity Akko im Norden Israels, wo Welten aufeinanderprallen und einer der problematischsten Konflikte der jüngeren Geschichte schon zu viele Opfer forderte, traut diese junge Frau der Kunst das zu, worin die Politik versagt: Als Mitglied der jungen Entwicklungsorganisation Ma'ase Olam unterrichtet die 23-jährige Baslerin Alia Goldfarb ihre Schüler mit unterschiedlichen religiösen Hintergründen in Englisch, Musik und Theater. Und regt dabei neben deren Kreativität auch das Thematisieren heikler Konflikte an.

Ihren Abschluss in Theater Arts, Peace, Conflict and Coexistence Studies an der Brandeis University in Massachusetts hat sie erst seit einigen Monaten in der Tasche. Aufgewachsen in einer Künstlerfamilie, als Tochter eines jüdischen Amerikaners und einer christlichen Schweizerin, fühle sich Goldfarb auf verschiedenen Kontinenten und Kulturen zu Hause – und habe dabei erlebt, was künstlerische Auseinandersetzung in Menschen zu bewegen vermag.

### Schwierige Verhältnisse

Während die meisten ihrer Schulfreunde in Basel studieren, hat sie mit 19 ihre Ausbildung in Massachusetts begonnen. Sie hat wenig Zeit: statt der geplanten Woche in Basel bleibt sie nur ein paar Tage. Bereits am nächsten Tag fliegt sie zurück nach Israel, wo sie über 180 Schüler, meist jüdischen Hintergrundes, oft aus schwierigen familiären Verhältnissen und nicht selten mit einer kriminellen Vergangenheit, an einer Berufsschule und in Englisch und Musik unterrichtet. Zweimal pro Woche lehrt sie zudem Kinder mit drusischem (einer Abspaltung des Islams) Hintergrund.

«Auf der Bühne zu unterhalten, genügt mir nicht», sagt die temperamentvolle Studentin. Unterdrückung, Gewalt und Rassismus in ihrer Performance zu thematisieren, ermögliche ihr einen anderen Zugang zum Theater. «Der ästhetische Anspruch der Kunst ermöglicht eine Distanz.» Koexistierende Gesellschaften zu verbinden, das sei es, was sie in ihren diversen Theater- und Tanzprojekten erreichen möchte. Denn verschiedene Gesellschaften gebe es nicht nur an ihrer Uni, wo sie in ihrer Bachelorarbeit ein eigenes Stück zu kultureller Diversität schrieb, zur Genüge, sondern auch im afrikanischen Ghana, wo sie mit unterprivilegierten Jugendlichen Projekte zu visueller Kunst verwirklichte.

### Konflikte innerhalb einer Kultur

Aber auch in Akko leben verschiedene Ethnien, Menschen mit muslimischem, christlichem, jüdischem und arabischem Hintergrund miteinander und dennoch oft nebeneinander. «Israel hat viele Subkulturen», so Goldfarb. Dass Konflikte nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb einer Kultur bestehen, sei ihr spätestens seit ihrem Aufenthalt bewusst. Ihre Arbeit werde respektiert, sagt sie. Und dennoch, trotz ihrer Unterkunft in einem der ärmsten Quartiere Akkos, in der heissen Wasser und Strom Mangelware sind, spüre sie Vorbehalte, die ihr als amerikanische Studentin entgegengebracht werden. Lohn bekomme sie keinen, sie müsse mit 300 Dollar pro Monat auskommen. «Es ist nicht einfach, akzeptiert zu werden», sagt sie. «Das Amerika, das die arabischen Jugendlichen verachten, ist das einzige, das sie kennen.»

Die Konflikte, die zwischen arabischen und jüdischen Schülern entstehen, seien spürbar – und würden dennoch oft



«Es ist nicht einfach, akzeptiert zu werden.» Alia Goldfarb, 23.

in Schweigen gehüllt. Besonders den wenigen arabischen Mädchen falle es oft schwer, sich zu integrieren. In ihrem Chor seien drei arabische Kinder. «Sie sind alleine mit ihren Problemen», sagt sie. Bei der schulischen Grundausbildung, die längst nicht alle Kinder erhalten, bleibe die Kreativität leider oft auf der Strecke. «Dabei kann Kunst Welten bewegen – gerade in dieser von Krisen gebeutelten Umgebung», sagt Goldfarb. «Es sind so tolle Kids.»

Als ich sie einige Tage später per Skype erreiche, trägt sie einen dicken Pull-over und fröstelt: «Die Heizung ist ausgefallen», erklärt sie. Und das bei vier Grad. Die grelle Deckenbeleuchtung im Hintergrund flackert ein wenig: Stromunterbruch. Gestern wurden zudem die Sirenen des Bombenalarms getestet. Beschönigen ist nicht ihr Ding. Auch sie habe schon daran gedacht, ihr Volontariat frühzeitig zu beenden. Bereits zwei ihrer Kollegen seien abgereist. Sie hat sich entschieden, zu bleiben.

## Tunesien für Gleichstellung

Nationalversammlung räumt Frauen mehr Rechte ein

Tunis. Tunesiens Nationalversammlung hat weitere Artikel der neuen Verfassung angenommen und dabei erstmals in der Landesgeschichte auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau beschlossen. Der Verfassungsentwurf wurde gestern mit 159 von 169 abgegebenen Stimmen verabschiedet.

«Alle männlichen und weiblichen Staatsbürger haben dieselben Rechte und Pflichten. Vor dem Gesetz sind sie gleich, ohne Benachteiligung», heisst es in Artikel 20 des Verfassungsentwurfs. Das Votum über Artikel 45, der ausdrücklich Frauenrechte und Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern garantiert, sollte später erfolgen.

Tunesien gewährt Frauen seit 1959 mehr Rechte als andere arabische Staaten, diskriminiert sie aber in manchen Lebensbereichen nach wie vor. Menschenrechtsgruppen wie Amnesty International und Human Rights Watch hatten vorab kritisiert, dass in der verabschiedeten Passage nur von «Staatsbürgern» die Rede sei und das Gleichheitsprinzip damit nicht für Ausländer gelte.

Verboten gehöre aber grundsätzlich «jede direkte und indirekte Benachteiligung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder anderer Meinungen, nationaler oder sozialer Herkunft, Besitz, Geburt oder anderer Faktoren».

Die neue Verfassung soll drei Jahre nach dem Sturz des langjährigen Machthabers Zine El Abidine Ben Ali verabschiedet werden. Bis zum dritten Jahrestag der Entmachtung von Ben Ali am 14. Januar sollen die Delegierten über alle 146 Verfassungsartikel und etwa 250 eingereichte Änderungsanträge abgestimmt haben. SDA